

Katrin Rieckermann
Redebeitrag in Lünen-Süd
Karfreitag 2025

Sehr geehrte Anwesende,
mein Name ist Katrin Rieckermann. Ich spreche hier für den Förderverein Steinwache / Internationales Rombergparkkomitee.

In den letzten Kriegstagen 1945 wurden die sechs Lünener Kommunisten Josef Berg, Jakob Bink, August Dombrowski, Bernhard Höltmann, Johann König und Josef Kriska brutal von den Nationalsozialisten getötet.

Offiziell galt Lünen bereits am 11. April 1945 offiziell als befreit.

Dennoch wurden vom 7. März bis 12. April 1945 auf einer Waldlichtung in der Bittermark, im Rombergpark und auf dem Eisenbahngelände zwischen Hörde und Berghofen etwa 300 Menschen ermordet, zu denen auch die sechs Lünener Männer gehörten. Am 13. April 1945 wurde dann Dortmund von den amerikanischen Truppen befreit.



Am 19. April 1945 wurde mit der Exhumierung der Leichen in der Bittermark begonnen. Bei den Getöteten handelte es sich um Zwangsarbeiter aus [Frankreich](#), [Belgien](#), den [Niederlanden](#), [Jugoslawien](#), [Polen](#) und der [Sowjetunion](#) und deutsche Widerstandskämpfer, die aus dem [Hölder Gestapokeller](#) und der [Steinwache](#) in den Rombergpark und in die Bittermark verschleppt worden waren und dort ums Leben kamen.

Nach Jahren des Widerstandes, der Haft und Verfolgung, der durchlittenen Zeit in verschiedenen Konzentrationslagern konnten sie das Ende des Faschismus nicht mehr erleben.

Nun stehen wir heute hier und gedenken ihrer Tapferkeit und ihres Widerstands. Aus heutiger Sicht kann nicht hoch genug geschätzt werden, was es hieß, nicht mitzumachen in einer Gesellschaft, die die Menschenrechte mit Füßen trat, die politische Gegnerinnen und Gegner mundtot machte, verhaftete, ausschaltete, die gegen all diejenigen vorging, die nicht in das Bild der heilen Volksgemeinschaft passten und sich der Kriegs- und Vernichtungspolitik der Nazis entgegenstellten.

Ihnen gebühren unser Respekt und unsere Hochachtung.

In der Gegenwart sind wir besonders herausgefordert, für demokratische Werte und für eine pluralistische, vielfältige Gesellschaft einzutreten.

Das geschieht in Lünen in vielen Ansätzen:

In unserer Stadt kam es im vergangenen Jahr zu einer großen Demonstration gegen die Politik der AfD und gegen Versuche der CDU/CSU, sich den Rechten anzunähern. Viele Menschen waren in Lünen auf der Straße und zeigten Haltung gegen diejenigen, die sich selbst unter anderem „das freundliche Gesicht des Nationalsozialismus“ nennen - und die offiziell als Faschisten bezeichnet werden dürfen.

Hervorzuheben ist darüber hinaus, dass die „Omas (und Opas) gegen Rechts“ sich im Vorfeld der Bundestagswahl wöchentlich versammelten, um auf friedliche Weise gegen die Rechtsextremen Flagge zu zeigen und vor der rechten Gefahr zu warnen. Unterstützung bekamen sie von jungen Menschen, die die Blauen mit ihrem Rassismus und ihrem Neoliberalismus ebenfalls ablehnen.

Ich konnte mich selbst davon überzeugen, dass diese Veranstaltungen nicht auf Abgrenzung angelegt waren, sondern auf Dialog. Es ging darum, Menschen mit Sympathien für die AfD im Vorfeld der Wahl nicht zu verurteilen, sondern sie über den Charakter dieser Partei aufzuklären und dafür zu werben, eine Wahlentscheidung noch einmal zu überdenken.



Wie die Wahl letztendlich ausgegangen ist, ist uns allen bekannt.

Es verwundert auch kaum, dass – angesichts der großen Wahlerfolge der Rechten – auf übergeordneter Ebene neuerliche Versuche gemacht werden, sich ihnen anzudienen und eine Kooperation mit ihnen zu enttabuisieren. Dies hat bekanntlich zuletzt Jens Spahn versucht.

Dies ist eine brandgefährliche Entwicklung, da die Gefahr, die von den Rechten ausgeht, bagatellisiert und als zu vernachlässigende Größe betrachtet wird.

Die rechten Stichwortgeber in den Parlamenten und die Rechtsextremen auf der Straße befruchten und pushen sich gegenseitig.

Wenig überraschend ist, dass der aktuelle Verfassungsschutzbericht für NRW ein Anwachsen der rechtsextremistisch motivierten Kriminalität um 60 Prozent feststellt. Die Nazis werden immer jünger und damit auch digitaler. Ihre Organisationen nutzen vermehrt und professionell die sozialen Medien, um junge Menschen anzusprechen.

Auch in Lünen sind rechtsextreme Straftaten angestiegen, auf niedrigem Niveau hat sich ihre Zahl verdoppelt. Tatbestände waren das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Volksverhetzung.

Beispielhaft möchte ich einige weitere Vorfälle in unserer Stadt nennen:

- Seit der Corona-Pandemie treffen sich die so genannten Querdenker jeden Montagabend am Pavillon auf dem Alten Markt. Sie teilen neben allerlei Geschwurbel rechtes Gedankengut und verbreiten es weiter in der Öffentlichkeit.
- Im November 2024 wurde in der Nacht vom 9. auf den 10. 11. das Mahnmal an der Lippebrücke mit Hakenkreuzen geschändet, Hakenkreuze wurden in dieser Nacht auch in der Innenstadt verbreitet. Da die Polizei erst ermitteln musste, blieben diese tagelang sichtbar.
- Im vergangenen Jahr wurde an das VHS-Gebäude an der KKG der Schriftzug „Juden vergasen“ geschmiert.
- Bekannte Dorstfelder Neonazis ließen sich in der letzten Zeit häufiger in Lünen sehen. Sie versuchten, durch ihre Präsenz Kundgebungen gegen Rechts (wie zum Beispiel die Omas und Opas gegen Rechts) einzuschüchtern. Aktuell zeigen sie sich vermehrt in Brambauer.
- Die Stolpersteine für Isidor und Henriette Stiefel und Anna Schutz an der Borker Straße wurden aus dem Pflaster gebrochen und gestohlen.
- An der Zwolle-Allee wurden viele Aufkleber mit der Schwarzen Sonne geklebt.
- Junge Menschen, die nach ihrem Äußeren der linken Szene zuzuordnen waren, wurden Ende März 2025 in Lünen von zwei Neonazis angepöbelt, beleidigt und provoziert.

- Am 26. März dieses Jahres kam es erneut zu einer Schändung des Mahnmals an der Lippebrücke, diesmal mit dem Schriftzug „No Israel“ und einem durchgestrichenen Davidstern.

Diese Vorfälle sind keine Kavaliersdelikte. Es handelt sich um strafbare Handlungen, die geahndet werden müssen.

Einer wachsamen Zivilgesellschaft und Menschen mit Courage verdanken wir, dass die Vorfälle aktenkundig werden. Stolz können wir auf diejenigen sein, die sich den Rechten in den Weg stellen und ihnen auf verschiedenen Ebenen Gegenwehr leisten.

Wir selbst sind ebenfalls gefordert, uns einzumischen. Im Freundeskreis, in der Kneipe, im Verein, bei der Arbeit erleben wir, dass menschenverachtende oder rassistische Sprüche fallen, dass Andere abgewertet und beleidigt werden.

Aus den Medien erfahren wir von Versuchen, auf übergeordneter Ebene Hass und Hetze hoffähig zu machen. Nur einige Beispiele sind Musks Hitlergruß, Merz' Narrative von „kleinen Paschas“ (bezogen auf arabischstämmige Jugendliche) oder „Sozialtouristen“ (er bezog sich auf ukrainische Geflüchtete). Diese sickern nach unten durch und finden ihren Widerhall von Stammtischen bis hin zu Gewalt.

Den Opfern der Karfreitagsmorde in Lünen und Dortmund schulden wir, uns zu positionieren. Wir selbst müssen aktiv werden.

Darüber hinaus gilt es, die Kräfte in unserer Stadt, die sich gegen die Rechten stellen, zu ermutigen, zu bestätigen und zu stärken, seien es Omas und Opas oder junge Antifaschistinnen und Antifaschisten.

Erich Kästner sagte:

„Die Ereignisse von 1933 bis 1945 hätten spätestens 1928 bekämpft werden müssen. Später war es zu spät. Man darf nicht warten, bis der Freiheitskampf Landesverrat genannt wird. Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist. Man muss den rollenden Schneeball zertreten. Die Lawine hält keiner mehr auf. Sie ruht erst, wenn sie alles unter sich begraben hat. Das ist die Lehre, das ist das Fazit dessen, was uns 1933 widerfuhr. Das ist der Schluss, den wir aus unseren Erfahrungen ziehen müssen, und es ist der Schluss meiner Rede. Drohende Diktaturen lassen sich nur bekämpfen, ehe sie die Macht übernommen haben.“

— Erich Kästner, [Über das Verbrennen von Büchern](#)

Herzlichen Dank.